



## Presseinformation

Nr. 177/2011

Kiel, Freitag, 25. März 2011

Fachkräftemangel

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Günther Hildebrand, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Dem Fachkräftemangel offensiv mit allen Instrumenten begegnen

In seiner Rede zu **Top 31+32** (Für die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen) sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Der demographische Wandel ist kein abstraktes Medienthema mehr, sondern bereits heute in vielen Bereichen spürbar – auch auf dem Arbeitsmarkt. Ich bin mir sicher, dass der Fachkräftemangel die größte arbeitsmarktpolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sein wird.“ Die Zahl der Erwerbstätigen werde bis 2025 von derzeit rund 44,5 Millionen auf rund 38 Millionen sinken, wodurch der Fachkräftemangel rapide zunehmen werde. Bis zum Jahr 2025 würden in Deutschland beispielsweise rund 240.000 Ingenieure fehlen. Schon heute fehlten in vielen Betrieben im Land Fachkräfte und Hochqualifizierte. Es gebe mehrere hunderttausend Stellen, die schon heute nicht besetzt werden könnten, so Vogt.

„Das Bundeskabinett hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf von Ministerin Schavan zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse verabschiedet. Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung dieses Problem angepackt hat.“ Es gebe noch immer hunderttausende Menschen, die in Deutschland unter ihrer Qualifikation arbeiten müssen, weil ihre Abschlüsse bisher unnötigerweise nicht anerkannt werden, kritisiert Vogt.

„Wir begrüßen und unterstützen entsprechende Maßnahmen der Mittelstandsoffensive sowie das ‚Bündnis für Fachkräfte‘. Wir fordern Erstanlaufstellen für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie entsprechende Nachqualifizierungsmaßnahmen und es geht um die Intensivierung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.“ Die FDP-Fraktion fordere außerdem eine schnelle Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch auf Rumänien und Bulgarien sowie Lockerungen an drei Stellen im Aufenthaltsgesetz, damit die Zuwanderung von Fachkräften und Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Staaten erleichtert und nicht weiter unnötig blockiert werde, so Vogt abschließend.